

Presseinformation

Potsdam, 12. Februar 2008

Zu den Ergebnissen der Sondersitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Zusammenhang mit der so genannten Enteignungsaffäre **erklären die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und der finanzpolitische Sprecher Ralf Christoffers:**

LINKE fordert Untersuchungsausschuss

Mit Befremden nimmt die Linksfraktion zur Kenntnis, dass die Landesregierung die Sondersitzung nicht genutzt hat, um in der Affäre um das Bodenreformland für Aufklärung zu sorgen.

Nach wie vor werden politische und fachliche Verantwortlichkeiten nicht benannt. Es bleibt unklar, welche Konsequenzen die Regierung aus der Affäre zieht. Es ist auch ihre Affäre - nicht nur die von Manfred Stolpe und Wilma Simon. Viele der bisher bekannt gewordenen Tatsachen und Gerichtsverfahren belegen, dass die Landnahme nicht nur ein Fall aus den 90-er Jahren ist, sondern letztlich bis in dieses Jahr reicht. Zudem trägt diese Landesregierung die Verantwortung dafür, dass die rechtswidrige Praxis nicht gestoppt, sondern bis vor den Bundesgerichtshof verteidigt wurde.

Das Leben vieler Brandenburger ist durch diese Praxis maßgeblich beeinflusst worden.

Die Linksfraktion fordert angesichts dessen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Er soll eine lückenlose Aufklärung der rechtswidrigen Aneignung von Bodenreform-Grundstücken durch das Land Brandenburg ermöglichen und zeigen, wo welche politische Verantwortung dafür liegt.